Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.
Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 172. Abendblatt. Sonnabend, den 11. April 1868.

Deutschland.

□ **Berlin,** 9. April. Die mit Bezug auf die Erklärung des Grafen Bismarck im Reichstag gemachte Bemerkung der „Provinzial-Correspondenz", daß die Frage der Redefreiheit für Preußen eine thatsächliche Erledigung finden und aus dem Bereiche der politischen Streitfrage verschwinden werde, ist von einigen Blättern als wenig genügend erachtet worden, da abzuwarten sei, ob das Herrenhaus nicht Schwierigkeiten in dieser Angelegenheit machen werde. Dagegen ist zu bemerken, daß im Herrenhause auch bei den letzten Verhandlungen über den Laskerschen Antrag in Reden und Anträgen die Geneigtheit hervorgetreten ist, auf eine Erledigung dieser Angelegenheit, die den Wünschen des Hauses entspricht, einzugehen. Es wurde nur eben der Laskersche Antrag auf Verfassungs-Interpretation als nicht der geeignete Weg hierzu befunden. — Ein Berliner Korrespondent der Wiener „Debatte" will wissen, daß zwischen dem Bundeskanzler Grafen Bismarck und seinen bundesräthlichen Kollegen sowie zwischen Preußen und den Bundesregierungen überhaupt ein mehrfacher Zwiespalt hervorgetreten sei und daß sich im Bundesrathe eine Opposition geltend mache, namentlich auch dagegen, daß die Vorlagen mit einer gewissen Dampfgeschwindigkeit erledigt werden. Die Mittheilung ist unwahr. Zwischen dem Bundespräsidium, resp. dem Bundeskanzler und den Bundesregierungen, resp. den Mitgliedern des Bundesraths ist nicht die geringste Differenz hervorgetreten. Der Nachricht liegt offenbar eine Börsenspekulation zu Grunde. — Das „Pays roumain" behauptet, daß der den Kammern in Bukarest vorliegende Judengesetz-Entwurf nicht von der (Kusaschen) Opposition, sondern von der Regierungspartei ausgegangen sei. Von der „Revue de Roumainie" wird durch Thatsachen dargethan, daß dies eine Lüge ist. Auch haben die „Pays roumainien" und seine Freunde dadurch, daß sie den Gesetzentwurf zuerst und zwar schon am 19. März veröffentlicht haben, bewiesen, wie sehr sie bei dieser Vorlage interessirt sind. — Die „Hann. Landesztg." bemerkt, daß die Einmischung Frankreichs in die deutschen Angelegenheiten seit der Auflösung des Bundestages und seit dem Prager Frieden chronisch geworden sei. Diese Einmischung Frankreichs ist nicht nur nicht chronisch geworden, sondern überhaupt niemals vorhanden gewesen, als in den Phantasien und Wünschen derjenigen Partei, der die Neugestaltung Deutschlands unangenehm ist. — Die „Sächsische Zeitung" hat in Bezug auf den in der „Times" veröffentlichten Protest des Herzogs Karl von Braunschweig die Behauptung aufgestellt, daß derselbe ein Betrug der national-liberalen Partei sei. Etwas Abgeschmackteres als diese Insinuation kann es kaum geben. Herzog Karl hat bekanntlich schon früher Proteste gegen die ihm angeblich widerfahrene Vergewaltigung erlassen, den letzten Protest hat er besonders dagegen gerichtet, daß der König Georg sich im Besitz des Privatvermögens des Herzogs Karl befindet, von welchem Letzterer seit 40 Jahren nicht einmal Zinsen erhalten hat. Zu diesem Protest ist Herzog Karl jedenfalls durch die Nachricht veranlaßt worden, daß der jetzige Herzog von Braunschweig den Sohn des Königs Georg zum Nachfolger wünschen soll. Der Artikel der „Sächsischen Zeitung" steht übrigens gleichlautend in der Wiener „Debatte", woraus der Schluß zu ziehen ist, daß derselbe von Hietzing ausgegangen ist. — Der Kanzler von Zander in Königsberg hat seine Versetzung in Ruhestand nachgesucht, den er nach langjährigen, treuen und ruhmreichen Diensten wohl verdient hat. — Um zu erfahren, welche Resultate durch die Herabsetzung des Briefportos auf 1 Sgr. gewonnen worden sind, hatten die Postanstalten des norddeutschen Bundes den Auftrag erhalten, eine Zusammenstellung der Briefbeförderung in zehn Tagen des Monats November v. J. einer- und in zehn Tagen des Monats Februar d. J. andererseits zu veranstalten. Es hat sich bei dieser Vergleichung eine Vermehrung des Briefverkehrs um 4 pCt. ergeben. Diese Vermehrung erscheint nur gering. Dafür, daß sie nur gering ist, lassen sich verschiedene Gründe angeben. Zunächst ist in Betracht zu ziehen, daß die große Masse der Korrespondenz von der Portoherabsetzung nicht betroffen ist, da sich dieselbe in denjenigen kleinen Entfernungen bewegt, wo das Porto schon früher nicht mehr als 1 Sgr. betrug. Hierzu kommt, daß im Königreich Sachsen, im ehemaligen Turn- und Taxisschen Postgebiet und in Mecklenburg für geringe Entfernungen früher ein Porto von weniger als 1 Sgr. bestand, und dort also durch die Einführung des Silbergroschentarifs eine Erhöhung des Portos für die betreffenden Entfernungen eingetreten ist. Endlich hat auch im Monat Januar, wo Jedermann die neueingeführte Portoherabsetzung benutzen wollte, ein ungewöhnlich starker Briefverkehr stattgefunden. Einer solchen großen Korrespondenz-Thätigkeit folgt aber immer eine Reaktion, die denn auch im Februar eingetreten ist. Rechnet man die Zahl der Briefe ab, welche nach dem frühern Tarif nicht mehr als 1 Sgr. zu zahlen hatten, so ergiebt sich für den Rest eine Vermehrung von 10 pCt. Dieses Verhältniß steigert sich noch mehr für weitere Entfernungen. Die gegenseitige Korrespondenz zwischen dem norddeutschen Bunde, Süddeutschland, Oesterreich und Luxemburg, für welche der Silbergroschentarif zur Geltung kommt, hat sich um 16 pCt. vermehrt. Gleichzeitig ist auch ermittelt worden, welch Wirkung die neuen Bestimmung auf die Frankirung der Briefe ausgeübt haben. Während bisher nur ungefähr 66 pCt. der gesammten Korrespondenz frei gemacht wurde, so ist dieser Prozentsatz jetzt bis auf 95 gestiegen.

Berlin, 10. April. Se. Maj. der König, die Königin, die Prinzen und Prinzessinnen der Königlichen Familie, der Prinz August von Würtemberg ꝛc. begaben sich gestern Vormittags $10\frac{1}{2}$ Uhr zur Theilnahme an der vom General-Superintendenten Dr. Hoffmann unter Mitwirkung des Königlichen Domchors abgehaltenen Abendmahlsfeier in die Kapelle des Kronprinzlichen Palais. Den übrigen Theil des Tages brachten die hohen Herrschaften in Zurückgezogenheit zu und wohnten Abends 6 Uhr der liturgischen Andacht im Dome bei, in welcher der Domchor die liturgischen Gesänge ausführte.

— Im Hotel des auswärtigen Ministeriums wurde heute Nachmittag eine Staatsministerial-Sitzung abgehalten.

— Die „Z. C." schreibt: Mit dem Eingehen des Blattes „La Situation" in Paris ist nicht gemeint, die Preß-Agitation von hannoverscher Seite überhaupt einzustellen, sondern nur für die Zukunft nach anderen Orten zu verlegen. Man hält es, wie wir hören, für billiger und wirksamer, alle preußenfeindlichen Blätter in Deutschland zu subventioniren und wenn möglich eine immerhin aus allen möglichen Schattirungen gemischte preußenfeindliche Partei durch ganz Deutschland zu organisiren.

— Das Marineministerium hat den Bau einer gepanzerten gedeckten Korvette und einer ungepanzerten Glattdeckkorvette auf der K. Werft zu Danzig angeordnet.

— Aus Essen vom 8. d. berichtet die „Elb. Ztg.": Bei der gestern vollzogenen engern Wahl zum Reichstage ist der Polizei-Präsident Devens gewählt worden. Der sozial-demokratische Gegenkandidat Hasenclever erhielt etwa 3250 Stimmen, während auf Hrn. Devens etwa 3450 Stimmen fielen. In der Stadt Essen und Altenessen hat Herr Hasenclever eine starke Majorität erhalten (1857 Stimmen gegen 958); in Kettwig und den Landgemeinden stimmte die überwiegende Mehrheit der Wähler für Herrn Devens.

— Newyorker Nachrichten bestätigen, daß die dort domizilirende Lebensversicherungs-Gesellschaft Germania die Konzession zum Geschäftsbetrieb in Preußen erhalten hat.

— Der Bericht der Bundeskommission über das Auswanderungswesen bringt die von dem Bundeskanzler acceptirte Idee in Vorschlag, in den Auswanderungshäfen Schiffe der Bundesmarine als Wachtschiffe stationiren zu lassen und die Kommandanten der Schiffe zu Mitgliedern der Bundesbehörde zur Ueberwachung des Auswanderungswesens zu ernennen. Der Antrag liegt bekanntlich dem Bundesrathe seit Kurzem vor. Unterdessen ist das Wachtschiff, welches an der Elbe stationiren soll, bereits designirt, nämlich die Panzerfregatte „Prinz Adalbert", welche in Geestemünde zu dem bezeichneten Zwecke ausgerüstet wird. Wie verlautet, soll das Wachtschiff am 15. April seinen Posten einnehmen.

— Die Vorarbeiten zu der in Aussicht gestellten Vorlage, die Aufhebung der Schuldhaft betreffend, sind der „Voss. Ztg." zufolge jetzt so weit gediehen, daß die Einbringung derselben in den Bundesrath schon in dessen erster Sitzung nach Ostern wird erfolgen können. Da der Justizausschuß des Bundesraths über die Frage bereits früher gehört worden ist, so wird die Sache selbst im Bundesrathe zu keinen längeren Diskussionen mehr Veranlassung geben können, und also auch in der kürzesten Frist, um dann an den Reichstag zu gehen, ihre Erledigung finden. Die Handelskammern, welche über den Gegenstand der Vorlage ebenfalls gehört worden sind, besorgen von einer Aufhebung der Schuldhaft keinerlei Nachtheile für den Handel. Die süddeutschen Staaten beabsichtigen, sobald der norddeutsche Bund mit der Aufhebung der Schuldhaft vorangegangen, ohne Zögern auch ihrerseits auf dem gleichen Wege zu folgen, so daß die Rückwirkung, welche die Aufhebung der Schuldhaft auf die allgemeine deutsche Wechselordnung haben wird, in ganz Deutschland genau dieselbe sein und durch diesen Umstand also dann auch die Rechtseinheit auf dem Gebiete der betreffenden Gesetzgebung für ganz Deutschland gewahrt bleiben wird.

— Der evangelische Verein der Gustav-Adolph-Stiftung wird, der „N. E. K.-Z." zufolge, seine diesjährige Hauptversammlung in Halberstadt halten. Eine Einladung der Stadt Altona ist deshalb abgelehnt worden, weil der Verein vor nicht zu langer Zeit in dem benachbarten Hamburg sein Hauptjahresfest gefeiert hat.

— Die vorläufigen Hauptresultate der Volkszählung vom 3. Dezember 1867 werden jetzt vom statistischen Bureau mitgetheilt. Danach beläuft sich die Bevölkerung des norddeutschen Bundes auf 29,894,857 Einwohner (Preußen allein 23,965,198), die der süddeutschen Staaten (inkl. Luxemburgs, das noch zum Zollverein gehört) auf 8,802,487, im Ganzen hat also das deutsche Zollvereinsgebiet 38,697,344 Einwohner.

— Die in der Eröffnungsrede angekündigte Vorlage, betreffend die Regelung der Verhältnisse der Bundesbeamten, ist dem Bundesrathe bis jetzt noch nicht zugegangen. Der Grund liegt, der „Staatsbg.-Ztg." zufolge, offenbar in der Schwierigkeit des Gegenstandes. In sämmtlichen Bundesstaaten sind die Pensionsverhältnisse für die Beamten günstiger, als in Preußen, und dasselbe gilt insbesondere auch von den bezüglichen früheren Bestimmungen in den mit der preußischen Monarchie vereinigten neuen Landestheilen. Schlechter aber kann man die Beamten hinsichtlich ihrer Pensionsverhältnisse nicht stellen, als sie bis jetzt gestellt waren; einen Unterschied machen zwischen solchen Beamten, die früher preußische Beamte waren, und zwischen solchen, die aus dem Dienste eines andern Bundesstaates in den Bundesdienst übergetreten sind, kann man aber auch nicht, und die Schwierigkeit, einen nach allen Seiten hin annehmbaren — die Verhältnisse der Bundeskasse sind schließlich doch auch zu berücksichtigen — Mittel- und Durchschnittssatz zu finden, ist darum nicht gering. Ueber diese Schwierigkeit ist man in den bezüglichen Vorarbeiten, in der Hauptsache wenigstens, nun freilich bereits hinweggekommen; aber über eine andere Frage ist man bis jetzt noch nicht hinweggekommen. Sie lautet: wer ist Bundesbeamter? Daß die Beamten des Bundeskanzleramts, so wie die Beamten der Post- und der Telegraphen-Verwaltung Bundesbeamte sind, ist unzweifelhaft; hinsichtlich der Beamten der Militär-Verwaltung schwankt die Meinung jedoch noch hin und her. Die Armee als solche ist freilich Bundesinstitut; aber es findet die Meinung ihre entschiedene Vertretung, daß dadurch das Aufhören einer speziell „preußischen" Militärverwaltung doch noch keineswegs vorgeschrieben, und daß ebenso wenig durch den Uebergang der alleinigen Verantwortlich auf den Bundeskanzler (dem Reichstage gegenüber) das Vorhandensein eines preußischen Kriegs-Ministers, und folgeweise auch eines preußischen Kriegs-Ministeriums überflüssig geworden sei. So die Sachlage, wie sie in diesem Augenblicke liegt.

Aus dem südlichen Holstein. (Post.) Freiherr v. Zedlitz hat unser Land jetzt definitiv verlassen. Wohl selten dürfte es einen Beamten geben, der in einem ihm fremden Rayon mit solcher Festigkeit, Ruhe und Umsicht sich einzuarbeiten verstand als der Genannte. Denn es war buchstäblich ein Einarbeiten in die hiesigen Verhältnisse, dem sich Zedlitz unterziehen mußte. Der Krieg gegen Dänemark brachte ihn ins Land, das er in wildester Parteiaufregung vorfand. Das Zusammenleben mit drei verschiedenen Civilkommissären Oesterreichs bildete einen Abschnitt in dem Wirken des Präsidenten, wo er nur Dornen auf seinem Wege fand und seine persönliche Unentbehrlichkeit ins hellste Licht treten mußte. Daß ihm möglich wurde, was unter den damaligen Verhältnissen schwerlich ein Anderer geleistet haben würde, das bezeugt die Thatsache, daß sich der blinde Parteihaß an seine Person eigentlich nie herangewagt hat. Die administrative Routine, welche Zedlitz besaß, schlug jede Bosheit der Kritik zu Boden, und seine wohlwollende Besonnenheit erzwang sich die allgemeine Achtung und zwar schon zu einer Zeit, in welcher Herr Baron v. Scheel-Plessen noch zu den Gegnern der preußischen Politik zählte, wie sie sich jetzt zum Wohle der Nation entwickelt hat. Wir sehen daher Zedlitz nicht ohne ein wehmüthiges Gefühl zu empfinden scheiden. Denn Niemand verschließt sich der Thatsache, daß er der Arbeiter war, der den Acker urbar machte, auf welchem seinem Nachfolger Scheel-Plessen vielleicht Lorbeern blühen. Zedlitz war niemals „populär", aber eben so wenig „unpopulär". Er erfüllte seine Pflicht als Beamter, als Mensch war er human und wohlwollend gegen Jedermann. Er nimmt die allgemeine Achtung des Landes mit sich, denn sein Wollen und sein Wirken blieb frei von persönlichem Ehrgeiz. Er war der Pionier Preußens zu einer Zeit, als Mancher hinterm Ofen saß, Mancher im Augustenburger Lager lärmte, Mancher zwischen Thür und Angel des Dänenthums „hohe Politik" trieb und gemächlich den Tag von Alsen abwartete, um sich zu entscheiden und an der Ernte der Ueberläufer Theil zu nehmen, womöglich den „Löwenantheil" zu erwischen. So viel steht fest, durch Zedlitz's Abgang ist eine Lücke in dem politischen Bewußtsein entstanden, welche Rang und Titel Anderer nicht ausfüllen, und diese Lücke ist nicht völlig schmerzlos. — Möge Freiherr v. Zedlitz auch in der Ferne noch zuweilen so herzlich an die guten wie schlimmen Tage zurück denken, die er mit uns durchlebt hat, wie wir uns seiner mit aufrichtiger Hochachtung erinnern werden. Er hat seinem Könige und dem Vaterlande als ein grader deutscher Mann gedient und dies Bewußtsein muß sein schönster Lohn sein.

Leipzig, 9. April. Der Thüringer Korrespondent der „D. A. Z." meldet als zuverlässig, daß in Kürze einige Thüringische Kleinstaaten mit Preußen in Verhandlungen über einen Accessions-Vertrag treten werden.

München, 10. April. In einem Cirkular des Ministers des Innern an die Kreisregierungen wird der Standpunkt näher bezeichnet, welchen die Regierung zu dem ihrigen gemacht habe: Selbstständigkeit Baierns ohne Isolirung, jedoch auch ohne Eintritt in den norddeutschen Bund; loyale Erfüllung der mit Preußen abgeschlossenen Verträge; vertragsmäßige Ordnung gemeinsamer deutscher Interessen; Volksbildung; Hebung des Wohlstandes; freiheitliche Entwickelung und Stärkung der Widerstandskraft des Landes. Ferner wird in dem Cirkular gesagt, daß die Regierung bei voller Achtung vor der Freiheit der Ueberzeugung ihrer Beamten keine regierungsfeindlichen Agitationen von deren Seite dulden werde, die der jüngsten Vergangenheit angehörenden Kontraventionen jedoch auf sich beruhen lassen wolle.

Ausland.

Prag. Ein weiterer Beschluß der in Prag versammelten Vertreter des deutsch-österreichischen Eisenbahnsvereins regelt den direkten Verkehr für größere Sendungen derart, daß ebenfalls vom 1. Mai an Waaren, welche in einer Station geladen waren, ohne Umladung in denselben Waggons bis in die Bestimmungsstation auch auf fremden Bahnen verführt werden können, wie dies bereits die Staatsbahn-Gesellschaft seit neuerer Zeit bei den Getreidetransporten durchgeführt hat. Auch wurde beschlossen, um bei dem in Folge des Nothstandes in Rußland voraussichtlich zunehmenden Getreideexport einer Verkehrsstörung vorzubeugen, die Getreidesendungen zu theilen und sie auch auf der bisher nicht benützten Strecke über Oderberg zu expediren.

Triest, 9. April. Der österreichische Lloyd-Dampfer „Crestle", welcher am 4. d. M. von Konstantinopel abgefahren ist, traf heute Mittag 1 Uhr mit der Levantepost hier ein.

Triest, 9. April. Levantepost. Athen, 4. April. Die Telegraphendrähte nach dem Peloponnes sind durchgeschnitten, so daß die Regierung ohne Nachrichten von dort ist.

Paris, 7. April. Obwohl keinen Augenblick daran zu zweifeln ist, daß die französische Regierung in der schleswigschen Frage so genau dieselbe Linie mit der österreichischen Regierung einhält, wie in der orientalischen Frage, so thut man sich doch hier nicht wenig darauf zu gute, daß man in Wien Worte der Mäßigung gesprochen habe. Natürlich wird Herrn von Beust die Rolle des Heißsporn nur zu dem Zweck zugeschoben, um in Berlin die Haltung Frankreichs als doppelt angenehm erscheinen zu lassen. Die Fürstin von Hohenzollern, die Mutter des Fürsten Karl, ist hierher gekommen, wie es heißt, um die Verstimmung der Tuilerieen gegen die rumänische Regierung zu beseitigen. Man ist einiger-

maßen betroffen, daß, trotz der Zusagung in der neuesten Note der rumänischen Regierung, an mehreren Orten in diesem Lande wieder Judenaustreibungen stattgefunden haben. — Der Kriegsminister, der so große Stücke auf den ungestümen Kriegseifer der freiwilligen Scharfschützen gehalten hatte, sieht sich unangenehm enttäuscht. Statt sich zum Eintritt in die Nationalgarde zu drängen, protestiren die Scharfschützen der Vogesen und des Jura einstimmig. Ja die Epidemie des Widerwillens gegen die Einreihung in die Nationalgarde hat bereits auch den Süden ergriffen. Der Präsident der Schützengesellschaft von Marseille mußte in einer Zuschrift seine Riflemen darüber beruhigen, daß sie in ihrem unschuldigen Waffenspiel nicht durch ernstere, militärische Uebungen gestört werden sollen. Die Gerüchte über eine Erkrankung des Kronprinzen scheinen stark zu übertreiben. Man kann den Prinzen täglich im Freien spazieren gehen und spielen sehen. Thatsache ist allerdings, daß die Aerzte empfohlen haben, denselben nach seiner ersten Kommunion an die Küste zu schicken, um ihn die Seeluft einathmen zu lassen.

Paris, 9. April. Der Kaiser hat auf Ansuchen des Gouverneurs von Algier, des Marschall Mac Mahon, aus der Kaiserlichen Stammschäferei zu Rambouillet mehrere Böcke und Mutterschafe nach Algier zur Hebung der Schafzucht abgehen lassen. Die Rambouillet-Schäferei, etwa $1\frac{1}{2}$ Meilen von Versailles, verdankt ihre Entstehung einem Geschenk Spaniens an Louis XVI. und züchtet bereits gegen 80 Jahre die bekannten, auch in Deutschland in der letzten Zeit auf- und in Mode gekommenen großen Thiere in reinem Blut. Die dortige Verwaltung besteht auf dem Satze, daß sie die einzige Original Rambouillet-Zucht repräsentire. Bei einem Besuch, den ich vor etwa 14 Tagen dort machte, fand ich deutsche Käufer (aus Sachsen), sowie auch früher verkaufte Thiere, die nach der Provinz Posen (Graf Wengerski) abgingen. Die sonst verbreitete Meinung, daß keine Thiere verkauft würden, ist daher unrichtig; die Heerde hat nur einen reservirten Theil, aus welchem nur der alte Abgang verkauft wird. Aus dem nicht reservirten Theile findet Verkauf nach Belieben statt. Die für Algier bestimmten Thiere fanden auch den ungetheilten Beifall der deutschen Kenner. Uebrigens war man der Ansicht, daß man es in Pommern und Mecklenburg in der übertragenen Rambouillet-Zucht bereits zu größeren Figuren gebracht habe, als in Rambouillet selbst. Auch aus französischen Privatheerden findet ein lebhafter Verkauf an deutsche Züchter statt.

Paris, 9. April. Der „Etendard" dementirt das Gerücht, daß gewisse Mächte an Frankreich das Verlangen einer theilweisen Entwaffnung gestellt hätten. — Die „Patrie" zählt große Befestigungsarbeiten auf, die Preußen in den Festungen der Herzogthümer vorgenommen habe. — Die „Presse" sagt, daß die Hauptgefahr in Betreff der Erhaltung des Friedens von den übermäßigen Rüstungen Preußens herrühre und fragt, warum man nicht Preußen auffordere, seine Militärmacht auf den Friedensfuß zurückzuführen. — Die Nachricht von einer beabsichtigten Reise der Kaiserin nach Rom wird dementirt.

Paris, 9. April. Der dänische Kriegsminister Generalmajor v. Raasløff machte gestern dem Marschall Niel einen Besuch und besuchte alsdann das Artilleriemuseum. Derselbe wird sich von hier demnächst nach London begeben.

Florenz, 6. April. In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 6. April wurden die beiden letzten Artikel des Mahlsteuergesetzes angenommen. General Lamarmora sprach, mit Beziehung auf die neulich ausgesprochenen Bemerkungen des Abg. Bixio, über die Streitkräfte der Armee und deren Organisation und kam zu dem Schlusse, daß, da alle fremden Mächte ihre Armeen auf den Friedensfuß gestellt hätten, auch Italien seine Streitmacht einschränken müsse. Der Kriegsminister General Bertole-Viale gab darauf einige Erklärungen über die beabsichtigte Reduktion der Armee. Die Kammer vertagte sich darauf bis zum 16. April.

— Der Ministerpräsident Menabrea ist nach Turin abgereist, um in der Nähe des Königs zu sein. — Einige Blätter melden, daß Garibaldi den Entschluß gefaßt habe, Caprera zu verlassen und sich nach Sizilien zu begeben, um sich der lästigen Aufsicht zu entziehen, welcher er auf jener Insel von Seite der Regierungsbehörden unterworfen sei; noch jüngst soll die militärische und polizeiliche Garnison auf der Insel Maddalena zum Zwecke der Ueberwachung Capreras verstärkt worden sein. Mit dem Erscheinen Garibaldi's in Sizilien werden Aufstandspläne in Verbindung gesetzt, zu denen die Einführung der Mahlsteuer Anlaß geben soll. Diese Gerüchte scheinen zwar wenig gegründet, man darf jedoch nicht außer Acht lassen, daß die extremen Parteien jetzt sehr thätig sind und nicht unterlassen werden, jene Steuer für ihre Pläne auszubeuten, und zwar um so mehr, als nach ihrer Ansicht die Dinge in Frankreich nicht mehr so fest zu stehen scheinen, wie dies bisher der Fall war.

Stockholm, 9. April. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Manderström, der Finanzminister Freiherr v. Ugglas, der Kriegsminister Generalmajor Abelin, so wie der Minister des Innern v. Lagerstrale haben ihre Demission eingereicht; der König hat dieselbe bis jetzt noch nicht angenommen.

Bukarest, 9. April. Die Deputirtenkammer nahm das Heeresorganisationsgesetz en bloc an, genehmigte das Budget von 1867 auch für das Jahr 1868 mit dem für das Kriegsministerium geforderten Zuschlag von $5\frac{1}{2}$ Millionen Francs und vertagte sich darauf bis zum 2. Mai. Bratiano und Kantakuzeno sind von ihren Missionen aus Paris resp. Petersburg zurückgekehrt. — Der amtliche „Monitorul" erklärt, es hätten keine Judenverfolgungen in Bakeu stattgefunden, wie absichtlich verbreitet worden.

Konstantinopel, 4. April. Gerüchtweise verlautet, daß Aristides Battazzi zum Minister ernannt sei.

Konstantinopel, 7. April. Die Ankunft des russischen Gesandten wird am Donnerstag via Varna erwartet. — Der Bayram geht heute zu Ende. — Der neue Seriasker Namyk Pascha wird demnächst von Alexandretta eintreffen, von wo er durch einen Regierungsdampfer abgeholt wird.

Alexandria, 9. April. Aus Abyssinien wird gemeldet, daß Sir Robert Napier den Ort Lat (westlich vom See Aschangi auf dem Plateau von Womberut) am 21. März besetzte und am 2. April Magdala zu erreichen hoffte. Theodorus befindet sich mit den Gefangenen, mit 26 Kanonen und 5000 Musketieren zu Magdala, sich auf die Belagerung vorbereitend.

Washington, 9. April. Die Anklage-Verhandlung gegen den Präsidenten Johnson wurde heute im Senats-Gerichtshof wieder aufgenommen. Curtis eröffnete die Vertheidigung, indem er die Anwendbarkeit des Aemterbesetzungs-Gesetzes auf die Absetzung Stantons in Abrede stellte.

Pommern.

Stettin, 11. April. In der letzten Versammlung des hiesigen „Konsum- und Sparvereins" war vom Vorstande bereits angedeutet, daß die Theilnahme an dem Verein in Grabow in neuester Zeit in Folge gegen denselben angezettelter gehässiger Intriguen eine besonders laue geworden sei, weshalb, um der Sache einen neuen Aufschwung zu geben, dort eine besondere Versammlung der Grabower Mitglieder abgehalten werden solle. Diese Versammlung fand nun vorgestern Abend im Liebreich'schen Lokale statt. In derselben hielt Herr Georgi zunächst eine Ansprache, worin er, auf die schnellen Erfolge des Vereins hinweisend, aufforderte, sich durch die erwähnten Anfeindungen von der Theilnahme am Verein nicht abhalten zu lassen. Letzteren werde der Verein stets eine anständige Konkurrenz entgegen setzen und seien nach den getroffenen Aenderungen in Bezug auf den Ein- und Verkauf der Waaren künftig auch noch günstigere Erfolge als bisher zu erwarten. Jedes Mitglied möge vorzugsweise daran denken, daß der Verein auch ein Sparverein sei und deshalb die Dividende des augenblicklichen Vortheils wegen, sobald die statutenmäßige Einzahlung von 10 Thlr. erfolgt, nicht immer abheben, sie vielmehr der Vereinskasse belassen. Es werde dadurch ein doppelter Zweck erreicht, der der Ersparniß und der der Vermehrung des Betriebs-Kapitals. Die Kasse mache dann größere, also auch billigere Einkäufe möglich, wodurch wiederum die Dividende wachse. Es sei Pflicht eines jeden Mitgliedes und liege in seinem Interesse, seine Bedürfnisse aus dem Verein, resp. von dessen Lieferanten, zu entnehmen; leider aber werde diese Pflicht bis jetzt nur von einem Theile der Mitglieder erfüllt, es würden sonst die Erfolge des Vereins weit größer sein. — Hierauf wiederholte Herr O. Schmidt seinen bereits in der letzten Versammlung gehaltenen Vortrag über die Entstehung und Ausdehnung der Genossenschaften nach den Schulze-Delitz'schen Prinzipien, an dem sich im Laufe der allgemeinen Diskussion mancherlei Rückfragen und Erläuterungen knüpften. Unter Anderem wurde auch darauf hingewiesen, daß Jeder durch das Stehenlassen seiner Dividende bei längerer Mitgliedschaft für die Seinigen einen Fonds ansammeln, der ihm unter keinen Umständen verloren gehen könne, wie dies für Diejenigen, welche so zu sagen aus der Hand in den Mund lebten, in Zeiten der Noth und bei Lebensversicherungen so häufig der Fall sei. Diesem Argument wurde entgegen gehalten, daß eine Lebensversicherung dennoch um deshalb vorzuziehen sei, weil sie selbst in kürzester Frist den Nachbleibenden eine bestimmte Summe sichere. Man solle deshalb in Zeiten der Noth seine beim Verein stehen gelassene Dividende zur Deckung der Lebensversicherungs-Prämien verwenden. — Das Resultat der Versammlung war allgemein befriedigend, und sprach sich der Wunsch nach einer baldigen neuen derartigen Zusammenkunft mehrfach aus.

— In Nr. 166 (Abend-Ausgabe vom 7. April) begleitet die Redaktion der „Neuen Stettiner Zeitung" die Mittheilung, daß dem Rechtsanwalt Meyen in Berlin endlich die Erlaubniß zur Uebernahme der Funktionen eines Stadtverordneten ertheilt sei, mit folgendem Ausrufe der Entrüstung: „Ist es nicht eine der schrecklichsten Ausgeburten des bureaukratischen Staates, daß ein freier, in angesehener Stellung befindlicher Mann wie ein unmündiger Schulbube die Erlaubniß nachsuchen muß, seine ersten bürgerlichen Pflichten zu erfüllen?" Wir haben nie gelesen, daß die Redaktion der „Neuen Stettiner Zeitung" ihrer Entrüstung darüber, daß die Wahlbedingungen der hiesigen Stadtverordneten dem neugewählten Oberbürgermeister die gleiche Beschränkung in Bezug auf die Erfüllung der ersten bürgerlichen Pflichten, nämlich das Volk im Landtage zu vertreten, auflegen, Ausdruck gegeben hätte. Im Gegentheil, in Nr. 165 (dem Morgenblatt vom selben Tage) findet sich ein langer Leit-Artikel über das Unberechtigte des Verlangens der Königlichen Regierung nach Aufgeben dieser Bedingung. Das nennt man fortschrittlich-liberal sein. Si duo facinat idem, non est idem. Der Staatsgewalt ist so etwas nicht erlaubt, das ist eine der schrecklichsten Ausgeburten des bureaukratischen Staates, aber den Stadtverordneten, ja, das ist etwas ganz Anderes!

— Nach mit dem Dampfer „Orpheus" hier eingetroffenen Nachrichten herrscht in Stockholm eine solche Theuerung, daß dort der Scheffel Kartoffeln $2\frac{1}{2}$ Thlr., das Pfund Roggenbrod $3\frac{3}{4}$ Sgr. kostet.

— In der Nacht zum 9. d. M. brannte ein am Ende des Dorfes Bock belegenes, von drei Familien bewohntes Haus total nieder. Leider kam eine Bewohnerin, die 72jährige Wittwe Köppen, welche zu lange in dem brennenden Gebäude verweilte, in den Flammen um; auch die übrigen Insassen des Hauses retteten kaum mehr als das nackte Leben.

— Die hiesige Königliche Regierung hat unterm v. M. nachstehende Bekanntmachung erlassen: Seit einigen Jahren findet sich in der Provinz Pommern und insbesondere auch in dem diesseitigen Regierungsbezirk, namentlich in Kleefeldern, ein als Wucherpflanze schädliches Unkraut, welches bei seinem raschen Wachsthum und seiner Größe das Gedeihen der Saaten verhindert und überdies den Nachtheil mit sich bringt, daß das Vieh das Futter verweigert, in welchem die Pflanze enthalten ist. Die Pflanze, von Botanikern als Senecio vernalis erkannt und in die Familie der Compositae gehörig) ist dem sogenannten Jakobskraut (Senecio Jacobaea), welches man auf trockenen Weiden anzutreffen pflegt, sowohl in Bezug auf Größe des ganzen Gewächses, als besonders der Blumen (Anthodien) sehr ähnlich. Die spindelförmige Wurzel der Pflanze treibt zahlreiche verästelte Stämme, die oben mit ihren vielen gelben Blumen (Anthodien) ziemlich in einer Ebene endigen, so jedoch, daß die untern Aeste länger, die obern kürzer sind. Die Blätter haben ein saftiges Ansehen, ähnlich denen der Rübsen. Die Pflanze ist einjährig, von kräftigem Wuchse, wird bis zwei Fuß hoch und besitzt eine außerordentliche Vermehrungsfähigkeit. Ihre Früchte, die in großer Menge aus einer Blume (Anthodie) entstehen, haben Federkronen (ähnlich wie bei dem sogenannten Löwenzahn), durch welche sie bei bewegter Luft weit fortgeführt werden. Es ist den Grundstücksbesitzern dringend zu rathen, die beschriebene Wucherpflanze rechtzeitig, spätestens zur Blüthezeit im Monat Mai bis Anfang Juni, auszurotten und zwar möglichst so, daß zur Verhinderung des Herauswachsens neuer Stämme und neuer Samenbildung die Wurzeln mit ausgerissen werden. Jefalls aber sind die Pflanzen rechtzeitig abzumähen. Die gesammelten Pflanzen müssen sodann eingegraben oder anderweit vernichtet werden, da die Blüthen selbst in den ausgerissenen Pflanzen noch reifen."

— Der Taxpreis eines Blutegels ist für die Zeit vom 1. April bis ultimo September c. auf 1 Sgr. 10 Pf. festgesetzt.

— Die Konhändler Gebr. Ferdinand und Wilhelm Stange und der Arbeitsmann Johann Retzlaff zu Greifenhagen haben am 21. Dezember v. J. einen zwölfjährigen Knaben, welcher durch das Eis des Reglitzstroms eingebrochen war, ebenso haben der Pöttner Friedrich Meincke und der Matrose Robert Schröder zu Neuwarp am 28. Januar eine durch das Eis des dortigen Sees eingebrochene Person mit eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet, wofür jedem der Gebrüder Stange die Erinnerungs-Medaille für Rettung aus Gefahr verliehen, dem Retzlaff, Meincke und Schröder aber je eine Geldprämie bewilligt worden ist.

— Vom 15. April c. ab gehen folgende Ortschaften resp. Etablissements, und zwar: a) zum Bestellbezirke von Pommerensdorf gehörig: (Häuser an der) Berliner Chaussee, Curow, Dammhaus, Gülkow, Güstow, Hohenzahden, Jungfernberg, Kl.-Reinkendorf, Marienhof, Niederzahden, Piepenwerder (Neptunsmühle) und Pritzlow, b) zum Bestellbezirke von Neutorney gehörig: Ludwigslust, Mandelkow, Möhringen, Prilupp, Schadeleben, Scheune, Schwarzow, Stöven und Wendorf, auf den Landbestellbezirk des Postamts in Stettin über.

— Die erledigte Kreiswundarztstelle des Kreises Regenwalde ist von dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten dem Wundarzt I. Klasse und Geburtshelfer Albert Salfeld mit Belassung seines Wohnsitzes in Plathe verliehen.

— Der forstversorgungsberechtigte Jäger Bauer ist vom 1. Juli d. J. ab als Forstpolizei-Sergeant für den Polizeibezirk der Stadt Stettin in Stelle des auf sein Ansuchen versetzten Forstpolizei-Sergeanten Wendt bestellt worden.

— Die Telegraphisten Runau und Brand hier, Schönfeld in Stargard, Taap in Anclam und Schmock in Swinemünde sind zu Ober-Telegraphisten, die Telegraphen-Kandidaten Henckel und Hermes hierselbst zu Telegraphisten ernannt.

— Der Pastor Ritsch, bisher in Clebow, Synode Colbatz, ist zum Pastor in Marienthal, Synode Bahn, ernannt und in sein neues Pfarramt eingeführt.

— Personal-Veränderungen bei der Königl. General-Kommission für Pommern in Stargard: 1) Der Spezial-Kommissarius, Gerichts-Assessor a. D. Stoeckel hierselbst ist zum Regierungs-Assessor ernannt worden. 2) Der Rittergutsbesitzer Neitzke zu Bonswitz ist als Kreis-Verordneter des Lauenburger Kreises vereidet und bestätigt.

— Der Kreisgerichts-Rath Wex zu Greifenhagen ist zum Appellationsgerichts-Rath in Hamm und der Auskultator Ludewig hierselbst zum Appellationsgerichts-Referendarius befördert, der Kreisrichter Franz zu Naugard zum Rechtsanwalt und Notar bei dem Kreisgericht zu Soldin, mit dem Wohnsitze in Berlinchen ernannt und der Gerichts-Assessor v. Heyden zu Demmin entlassen.

— Der Hauptlehrer Springborn zu Grünhof ist als Schiedsmann des 18. Stadtbezirks verpflichtet. Substitut desselben ist der Hauptlehrer Krüger zu Torney.

† **Cammin**, 9. April. Heute Nachmittag, als mehrere hundert Leute zur Beichte im Dom versammelt waren, rannte ein geistesgestörter Mensch unter lautem Geschrei, ein Kruzifix in der Hand, den großen Mittelgang entlang gerade auf den am Altar stehenden und die Beichtrede haltenden Geistlichen los. Nachdem man den widerstrebenden und schreienden Menschen zur Kirche hinaus gebracht hatte, sammelten sich die aufgeregten und erschütterten Kommunikanten wieder und die Feier nahm ihren Fortgang.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. April. Witterung: stürmisch, leichter Schneefall. Temperatur + 3° R. Wind: NO.

Weizen wenig verändert, per 2125 Pfd. loco gelber inländ. märker 104—106 Rt., geringer 100—103 Rt. bez., ungarischer 90—103 Rt. bez., bunter 100—104 Rt. bez., weißer 106—112 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 104, $104\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni $103\frac{1}{2}$, $\frac{3}{4}$ Rt. bez. u. Br., Juni-Juli 103 Rt. bez.

Roggen gefragter, pr. 2000 Pfd. loco 71—$75\frac{1}{2}$ Rt. bez., 81pfd. Garantie $76\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühjahr $73\frac{1}{2}$, 74 Rt. bez. u. Br., Mai-Juni $73\frac{1}{2}$, 74 Rt. bez. u. Br., Juni $74\frac{1}{4}$ Rt. bez., Juni-Juli $72\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez., $\frac{1}{2}$ Br., 72 Gd., Juli-August $65\frac{1}{2}$ Rt. Gd., 66 Br., Sept.-Oktober $60\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Gerste unverändert, per 1750 Pfd. loco $53\frac{1}{2}$ Rt. bez., schlesische u. mährische 54—55 Rt. bez.

Hafer unverändert, per 1300 Pfd. loco $36\frac{1}{2}$—$37\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühjahr 47—50pfd. $37\frac{1}{2}$ Rt. bez., Mai-Juni $37\frac{3}{4}$ Rt. Br.

Erbsen Futter- 66—69 Rt. bez.

Leinsaat Pernauer 13 Rt. bez. u. Gd.

Lupinen gelbe 39—42 Rt. nach Qualität bez.

Rappkuchen Prenzlauer fremde frei Bahn 1 Rt. 28 Sgr. bez.

Petroleum loco $6\frac{3}{4}$ Rt. bez., Sept.-Okt. $6\frac{5}{12}$ Rt. bez. u. Br.

Rüböl fester, loco $10\frac{1}{4}$ Rt. Br., April-Mai $10\frac{1}{8}$ Rt. bez., Mai $10\frac{1}{4}$ Rt. bez., Mai-Juni $10\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Gd., September-Oktober $10\frac{7}{12}$ Rt. bez. u. Gd.

Spiritus fester, loco ohne Faß $20\frac{1}{3}$, $\frac{3}{8}$ Rt. bez., Frühjahr $20\frac{5}{24}$ Rt. Gd., Mai-Juni $20\frac{1}{3}$, $\frac{3}{8}$ Rt. bez. u. Gd., Juni-Juli $20\frac{7}{12}$ Rt. Gd., Juli-August $20\frac{5}{6}$ Rt. Gd.

Angemeldet: 300 Wspl. Weizen, 300 Wspl. Roggen, 400 Centner Rüböl.

Regulirungs-Preise: Weizen $104\frac{1}{2}$, Roggen $72\frac{3}{4}$, Rüböl $10\frac{1}{8}$, Spiritus $20\frac{5}{24}$.

Landmarkt.

Weizen 98—105 Rt., Roggen 70—74 Rt., Gerste 50—54 Rt., Erbsen 68—74 Rt. pr. 25 Scheffel, Hafer 36—39 Rt. pr. 26 Scheffel, Stroh pr. Schock 7—8 Rt., Heu pr. Ctr. 15—25 Sgr.

Berlin, 11. April, 2 Uhr 5 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 84 bez. Staats-Anleihe $4\frac{1}{2}$ % $95\frac{5}{8}$ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien $136\frac{3}{4}$ bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien $93\frac{1}{2}$ bez. Oesterr. National-Anleihe $53\frac{3}{4}$ bez. Pomm. Pfandbriefe $85\frac{3}{4}$ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 186 bez. Wien 2 Mt. $86\frac{1}{2}$ bez. London 3 Mt. 6. $24\frac{3}{8}$ bez. Paris 2 Mt. $81\frac{1}{4}$ bez. Hamburg 2 Mt. $151\frac{1}{8}$ bez. Mecklenburger Eisenbahn-Aktien $74\frac{1}{8}$ bez. Oesterr. Banknoten $87\frac{1}{4}$ bez. Russ. Banknoten $83\frac{7}{8}$ bez. Amerikaner 6 % $76\frac{1}{8}$ bez.

Weizen pr. April-Mai $93\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ bez. Roggen pr. April-Mai $74\frac{1}{4}$, 74 bez., Mai-Juni 73, $73\frac{1}{4}$ bez., Juni-Juli 72 bez., $71\frac{3}{4}$ Gd. Rüböl loco $10\frac{1}{3}$ bez., April-Mai $10\frac{3}{8}$, $\frac{5}{12}$ bez., September-Oktober $10\frac{3}{4}$ bez. Spiritus loco $20\frac{1}{24}$ bez., April-Mai $20\frac{1}{6}$ bez., $20\frac{1}{12}$ Gd., Mai-Juni $20\frac{1}{6}$, $\frac{1}{8}$ bez., Juni-Juli $20\frac{1}{2}$, $\frac{11}{24}$ bez.